

Die Baugewerkschaft

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pfpg., Reklame 1,80 M.

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Nüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
Postcheck-Konto der Hauptpost 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Nüdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. c. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 49.

12. Jahrgang.

Berlin, den 3. Dezember 1911.

Unternehmer und christliche Gewerkschaften.

Die Gegner der Gewerkschaftsbewegung versuchen alle Mängel gegen diese auszunützen und im schlechten Sinne zu deuten. Kleinheiten werden aufgebauscht, Mängel und Schwächen, die auch bei anderen Ständen und deren Organisationen vorhanden sind, benutzt, um die Verantwortlichkeit der Arbeiterorganisationen nachzuweisen. Die sozialen Kämpfe sind in der Gegenwart zahlreicher als zu irgendeiner andern Zeit, schon aus dem Grunde, weil noch niemals so viele Millionen von abhängigen Menschen den sozialen Kampf zu führen genötigt waren wie in der Gegenwart. Leute, die sich nicht gern in ihrer Ruhe stören lassen oder alle harte Wirklichkeiten in die Schablone ihrer Lieblingsmeinung pressen möchten, sind überzeugt, daß für viele Kämpfe und ihre Begleiterscheinungen einzig und allein die Gewerkschaften verantwortlich gemacht werden müssen. Nicht selten wird dann die Behauptung aufgestellt: die Arbeiterorganisationen (auch die christlichen Gewerkschaften) mit ihrer Agitation, ihren Kämpfen und überhaupt ihrer ganzen Tätigkeit führten zum Klassenhaß und zum Klassenkampf. Das sind schwere Vorwürfe, wären sie berechtigt, dann hätte der Politiker und der Staatsmann alle Verantwortung, den Gewerkschaften eine aufmerksame Beobachtung zu schenken. Die organisierte Arbeiterschaft selbst hat alle Verantwortung, die ihr gemachten Vorwürfe ernsthaft zu untersuchen; denn wären solche Vorwürfe wahr, dann müßte auf die Dauer auch die Gewerkschaftsbewegung selbst Schaden erleiden.

Unternehmer und Arbeiter sind in der Gegenwart diejenigen, die die Gütererzeugung ermöglichen. Die Unternehmer als die Besitzer des Kapitals und technischen Leiter der Produktion brauchen Arbeiter, um die verschiedensten Artikel herzustellen, mit denen die Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen. Unternehmer und Arbeiter haben an einem guten Geschäftsgang ein gemeinschaftliches Interesse, nur dieser ermöglicht es dem Unternehmer, auf hohe Gewinne zu rechnen, und dem Arbeiter, mit guten Gründen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen zu können. Dann aber beginnen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber die Interessengegensätze. Jeder Unternehmer wird bestrebt sein, Arbeitskräfte so billig als möglich zu beschaffen. Lange Arbeitszeit ist auch heute noch für viele Unternehmer ein Ideal, und Ausgaben, die Leben und Gesundheit des Arbeiters sicherstellen, wird der Unternehmer in den meisten Fällen vermeiden. Professor Pöhle sagt in seiner Broschüre: Der Unternehmerstand (Leipzig, Berlin und Dresden): „Sein ganzer Betrieb muß ihm eigentlich fortwährend ein Problem sein, ob er sich nicht noch sparsamer eintrichten läßt.“ Wie weit die „Sparsamkeit“ auch getrieben wird, wenn es gilt, Unfälle vorzubeugen, darüber belehren uns die Statistik und die verschiedensten Untersuchungen. Auch bei den Arbeitslöhnen wird der Unternehmer versuchen, soviel als möglich zu sparen. Pöhle meint in seiner Broschüre: „Seine volkswirtschaftliche Stellung macht es ihm zur Pflicht, dem Arbeiter nicht mehr Lohn zu zahlen, als er ihm nach Lage des Arbeitsmarktes und nach dem dauernden Interesse seines Unternehmens, das die Erhaltung eines geschulten Arbeitersstandes fordert, zahlen muß.“ (Seite 14.) Unter dem Einfluß einer scharfen Konkurrenz, der die meisten Unternehmer ausgeht sind, wideln sich auch die Dinge in der beschriebenen Weise ab.

Der Arbeiter wird einen andern Standpunkt vertreten. Steigende Preise, höhere Ansprüche an das Leben zwingen ihn, auf höhere Löhne, längere Arbeitszeit usw. hinzuwirken. Kein Zweifel also, daß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter Interessengegensätze vorhanden sind. Diese werden auch nicht aus der Welt geschafft, wenn bestimmte Kreise sie ableugnen und dem Arbeiter weismachen wollen, seine Interessen seien mit denen des Unternehmers in allen Punkten gleichlaufend. — Ohne Organisation bestimmt der Unternehmer, unter welchen Bedingungen der Arbeitsvertrag abgeschlossen wird, das heißt, der Arbeiter hat eigentlich über die Lohn- und Arbeitsbedingungen nichts zu sagen. Daß der Unternehmer sein Interesse in erster Linie wahrt und, wie Pöhle sagt, volkswirtschaftlich währen muß, hat der Arbeiter mit schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu rechnen.

Um auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Einfluß zu gewinnen, haben sich die Arbeiter in Organisationen zusammengeschlossen. Der Unternehmer, der das Recht, Lohn- und Arbeitsbedingungen festzusetzen, durch die Vergangenheit als geheiligt ansieht, lehnt anfangs auch mit der Gewerkschaft jede Ver- und Unterhandlung ab. Eine Gewerkschaft, die ernsthaft die Interessen ihrer Mitglieder vertreten will, ist genötigt, mit dem Unternehmer den Kampf zu führen. Viele Arbeitseinstellungen waren nicht nötig, wenn die Unternehmer ihren Herrenstandpunkt, der in dem Gedanken gipfelt: wir verhandeln nicht, aufgegeben hätten. Kämpfe sind somit unvermeidlich, ja, sehr oft notwendig, um einem sozial rückständigen Unternehmertum eine

andere Auffassung beizubringen. Diese Dinge werden von vielen Leuten vergessen, die über den sozialen Frieden kluge Betrachtungen anstellen; sie wissen anscheinend nicht, daß viele Unternehmer in diesem Punkte erst unlernen müssen. Da hier dann auch die falsche Auffassung, daß durch die hartnäckigen, oft längere Zeit dauernden Kämpfe die Klassengegensätze verschärft würden. Haben sich die Unternehmer im Gewerbe erst von der Ansicht freigemacht, daß sie allein über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bestimmen hätten, dann werden beide Parteien auch ihre Stellung besser würdigen lernen. Es soll nicht verkauft werden, daß auch in Arbeiterkreisen die Tätigkeit des Unternehmers vielfach nicht richtig gewürdigt wird. Bei Tarifverhandlungen und auch nach dem Tarifabschluß wird hier in den meisten Fällen im Laufe der Zeit bald eine andere Auffassung Platz greifen, der Unternehmer wird sich bemühen, mit seinen Arbeitern nicht anders zu reden, als er das sonst im Geschäftsleben tut. Er wird einsehen lernen, daß die Behandlung von Menschen eine Kunst ist, die gesucht sein will, und noch nicht jeder, der großen Radau zu machen versteht, der geeignete Mann ist, mit Arbeitern umzugehen. Gerade im letzten Punkte werden unsere Unternehmer in Deutschland noch viel lernen müssen. Der Unternehmer begreift auch, daß durch seine Unterorgane dem Arbeiter unrecht getan werden kann, was früher vielfach vollständig in Abrede gestellt wurde.

Sicher hat die Gewerkschaftsbewegung den Gesichtskreis des Arbeiters auch zur Beurteilung der Stellung des Unternehmers bedeutend erweitert. Die Schwierigkeiten, mit denen der Unternehmer zu rechnen hat, lernt auch der Arbeiter kennen. Der Arbeiter sieht ein, daß die Interessengegensätze zwischen ihm und dem Unternehmer nicht auf bösem Willen beruhen, sondern in den natürlichen Verhältnissen begründet sind. Da nun auch die berechtigten Beschwerden durch die Gewerkschaft abgestellt werden, hat der Arbeiter weniger Verantwortung, als in vollständig unorganisierten Betrieben seinen Arbeitgeber zu hassen. Ja, mehr, der organisierte Arbeiter wird das Pflichtgefühl bekommen: für gerechten Lohn auch seine Arbeit zu leisten. Wer die Arbeiter und ihre Bewegung nicht kennt, der ist der Ansicht, daß die Organisation die Unzufriedenheit schaffe. Ein wenig Studium zeigt bald, daß die Verhältnisse doch anders liegen. Der organisierte Arbeiter bringt seine Ansicht zum Ausdruck und sucht Missstände zu beseitigen. Der Unorganisierte scheint kein Gefühl für alle Ungerechtigkeiten zu haben und auch gar nicht das Bedürfnis nach besseren Zuständen. So scheint es! Feigheit, manchmal auch bittere Not oder ein unerhörter Zwang gebietet dem Arbeiter zu schweigen und seinen Haß, ja, oft glühenden Haß, im Busen zu tragen. Glaubt der unorganisierte Arbeiter sich sicher oder hat er sich einmal „Mut“ angebrunnen, dann macht er seinem Herzen Lust, und manchmal Unternehmer würden staunen, wenn sie einmal ihre „Lieblinge“ schimpfen hören würden. Die Gewerkschaftsbewegung regt ihre Mitglieder an, die verwinkelten wirtschaftlichen Verhältnisse zu begreifen. Erst die Einsicht in die ökonomischen Tatsachen lernt die Dinge richtig beurteilen. Unternehmer, die früher Arbeiter waren, sind in der Behandlung ihrer Arbeiter oft unanständiger als der gebildete und vermögende Unternehmer. Wie manche Sozialdemokraten den Unternehmerstandpunkt zu vertreten verstehen, das zeigen die Vorgänge in roten Partei- und Genossenschaftsbetrieben. Der organisierte Arbeiter kann das alles beobachten. So leistet die Gewerkschaftsbewegung eine nicht zu unterschätzende Erziehungsarbeit auch im Interesse der Gesamtheit. Und gerade die christlichen Gewerkschaften können den Vorwurf, sie erzögten ihre Mitglieder zum Klassenhaß, zurückweisen. Wollte die Unternehmerpresse, die immer über den sozialdemokratischen Klassenkampf leitartikelt, ihre Leser in ähnlicher Weise erziehen, wie dies in den christlichen Gewerkschaften geschieht, sie würde damit mehr erreichen, als das heute geschieht. Heute treibt die scharfmacherische Presse nichts anderes, als Klassenkampf. Was manche Unternehmerblätter ihren Lesern bieten, wird den wirklichen Verhältnissen so wenig gerecht, daß man staunen muß, wie es möglich ist, daß viele Unternehmer sich derartiges vorsehen lassen. Gerade deshalb, weil wir uns in den christlichen Gewerkschaften bemühen, der volkswirtschaftlichen Stellung des Unternehmers gerecht zu werden, sind wir aber auch anderseits in der Lage, bestrebt entschiedener Ungerechtigkeiten bekämpfen zu können und berechtigten Arbeiterwünschen den nötigen Nachdruck verschaffen zu können. Die christlichen Gewerkschaften sind Arbeiterorganisationen, deren Existenz in den ökonomischen Verhältnissen der Gegenwart begründet ist. Sie werden als Gewerkschaften die berechtigten Interessen der Arbeiter vertreten, dabei, wie das selbstverständlich ist, die volkswirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen und ihre Mitglieder zur Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erziehen. Eine solche Arbeit kann als eine hohe Aufgabe im Interesse der Arbeiterschaft und des ganzen wirtschaftlich aufwärtsstrebenden deutschen Volkes betrachtet werden.

F. C.

Dreifach ist der Schritt der Zeit;
Zögernd kommt die Zukunft hergezogen,
Pfeilschnell ist das Jetzt entflohen.
Ewig still sieht die Vergangenheit.

Schiller.

Oberbleibliches.

Ein trauriges Blatt ist die in Matibor erscheinende, im Dienste „Sitz Berlin“ stehende „Oberbleibliche Volkszeitung“. Das Blatt bringt einen Artikel der französischen Zeitung „Liberté“ über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands, in welchem die alten Unwahrheiten von „Sitz Berlin“, die von uns längst richtiggestellt sind, in neuer Aufmachung einem bedauernswerten Lesepublikum serviert werden. Das Blatt hat oben drein die Stirn, den Kreis, den von einem „Berliner“ Schwinder dem französischen Blatte in bekannter Weise übermittelt worden ist, als eine „Stimme des Auslandes“ zu bezeichnen. Dabei weiß das Blatt so genau wie wir, daß der ganze Presselzug gegen die christlichen Gewerkschaften in der französischen, spanischen, italienischen, belgischen und Holländischen Presse samt und sonders von der deutschen „Berliner“ Gemeinde ausgegangen ist und noch ausgeht. Trotzdem eine „Stimme des Auslandes“. Man kennt die Herrschäften jedoch zu genau, die erst ihre Kreisfarben im Ausland in gesinnungsverwandten, jedoch ebenso bedeutungslosen Blättern unterbringen, um sie nachher in fettgedruckten Lettern als: „Ein außerordentlicher Artikel“, eine hochbedeutende Nachricht“ usw. in den eigenen Spalten als „Stimmen des Auslandes“ zu rubrizieren. Glendes, feiges Schwinder- und Verleumderpact.

Einen gleichen niedrigen Schwundel leistet sich das Blatt in seiner Nummer 267. Da diese gerade wieder eine Sonntagsnummer ist, nehmen wir an, daß das Blatt es für angemessene hält, allsonntags seinen Lesern einen solchen über die christlichen Gewerkschaften aufzutischen. Dort wird nämlich behauptet, unser Bezirksleiter Ehrhardt-Kattowitz betreibe deshalb in Ratibor Agitation, weil unsere Käffen leer seien und diese durch die Ratiborer Arbeiter wieder gefüllt werden sollten. Genau so machen es alle arbeiterfeindlichen Scharfmacherblätter, wenn sie die Gewerkschaften bekämpfen. Daß das Organ sich als „Zentrumsorgan“ bezeichnet, macht die Sache nur noch um so schlimmer. Nicht sollen uns die Ratiborer Bauarbeiter die Käffen füllen, nein, sie werden uns, um sie aus ihrer elenden wirtschaftlichen Lage zu befreien, ein erhebliches Stück Geld kosten. Dazu sind wir genötigt, wollen wir nicht die Bauarbeiter-Schule Oberbleibens in ihrer Gesamtheit schädigen. Es ist ein unihaltbarer Zustand, wenn in einem eng an das oberbleibliche Industriegebiet angrenzenden Bezirk geradezu Hungerlöhn gezaubert werden. Im oberbleibischen Industriegebiet steigt der Stundenlohn für 1912 auf 49 Pf. In Ratibor, einer Stadt mit 35 000 Einwohnern, beträgt er fürs nächste Jahr 36 Pf., für Landzitz 39 Pf., für Leobschütz mit über 15 000 Einwohnern 32 Pf., für Bautowitz 33 Pf. und für Katowice 34 Pf. „Sitz Berlin“ vereinbart“ diese Lohnsätze mit den Unternehmern in einem Tarifvertrag, den auch der christliche Bauarbeiterverband haben konnte, den er aber der elenden Lohnsätze und der Konsequenzen halber nicht akzeptierte. „Sitz Berlin“ hat allerdings auch an dem von ihm abgeschlossenen „Vertrag“ nicht das geringste Verdienst, da er nur die Errungenchaft des von den Gewerkschaften im Baugewerbe im vorigen Jahr geführten Kampfes ist und einen Absatz des allgemeinen Vertragsmusters und des Dresdener Schiedsspruches darstellt.

In Oberbleibien mußte der erfreuliche Fortschritt der Bauarbeiter gegen den Widerstand der katholischen Fachabteilungen, bezlebungsweise deren Führer, erkämpft werden. Damit haben sie sich auch den Endeschoß versetzt, im engeren Industriegebiet gibt es keine Bauarbeiter mehr, die den katholischen Fachabteilungen angehören. Dagegen zählt die Verwaltungssiedlung Katowitz des christlichen Bauarbeiterverbandes über 2100 Mitglieder, mitin viermal mehr Mitglieder, als die katholische Fachabteilung für das Baugewerbe in ganz Deutschland hat. In ganz Schlesien hat der christliche Bauarbeiterverband heute fast 5000 Mitglieder.

Zu Ratibor und Umgegend hat es „Sitz Berlin“ durch seine Demagogie und seinen Terrorismus in der ganzen Gegend steht uns fast kein Versammlungsort zur Verfügung, haben wir eins, wird es uns abgetrieben) verstanden, uns bis jetzt keinen größeren Einfluß auf die Bauarbeiter gewinnen zu lassen. Die Folge war, daß die dortigen Bauarbeiter mit ihrer Söhnen immer mehr hinter denen des engeren Industriegebietes zurückstehen. Die Unternehmer waren scharf genug einzusehen, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht beizuhalten war, daß die

Arbeiter aufzuwachen und sich bessere Löhne erkämpfen würden. Dagegen suchten sie sich zu schützen und kamen ihnen im vorigen Jahr die Aussperrung recht gelegen. Plötzlich wollten sie einen Tarifvertrag abschließen, natürlich nicht mit den Säulen, die die Bauunternehmer Oberschlesiens seit 1905 haben mehr bewilligen müssen, und das sind 17 Pf. pro Stunde, sondern zu den Säulen des Dresdener Schiedsspruches. Einen solchen Vertrag lehnte der christliche Bauarbeiterverband im Interesse der Ratsbörse Bauarbeiter ab, da der Lohnunterschied zwischen Ratsbörse und dem Industriegebiet damit vereinigt worden wäre. Wer nur einigermaßen gewerkschaftliche Erfahrung hat, weiß, daß wenn einmal tarifliche Lohnsätze niedergelegt sind, nur mit allergrößter Mühe Lohnausgleiche zwischen verschiedenen Orten und Gegenden zu erreichen sind. Hätte der christliche Bauarbeiterverband den mit „Sitz Berlin“ abgeschlossenen Vertrag akzeptiert, hätte er die Bauarbeiter, die im Industriegebiet tätig sind, in ihrem weiteren Vorwärtsstreben empfindlich geschädigt, den Lohnunterschied von 11—17 pf. pro Stunde zwischen dem Ratsbörse und dem engeren öberschlesischen Industriegebiet auf unabsehbare Zeit zum Nachteil beider Teile wider bessere Überzeugung erkannt. Wer es ernst mit den Interessen der Arbeiter meinte, müßte da von den Unternehmern fordern, entweder die von den anderen Gegenden in den letzten Jahren vorgenommenen Lohnherhöhungen nachzubewilligen, oder sich freie Hand behalten, um sie zu gegebener Zeit dazu zu zwingen. Um sein „Prinzip“ der friedlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse zu retten, schloß „Sitz Berlin“ mit den Unternehmern den Tarifvertrag ab. Wir stehen gewiß auch auf dem Boden der friedlichen Regelung, und wenn wir ohne Kampf ausgemessene und den Verhältnissen Rechnung tragende Vorteile für die Arbeiter erreichen können, greifen wir mit beiden Händen zu. Der Preis des Friedens mit dem jetzigen Vertrag wäre aber für das Ratsbörse Gebiet zu teuer bezahlt gewesen. Unser ganzes Bestreben wird darum darauf gerichtet sein, eine anderweitige Regelung herbeizuführen, wenn nicht mit „Sitz Berlin“, dann eben gegen ihn. Daß wir kaum genug dafür sind, haben wir schon des öfteren bewiesen, und der gesunde Sinn der Ratsbörse Bauarbeiter, die weiter als über die Mauern von „Sitz Berlin“ gelehrt haben, werden uns diesen Kampf erleichtern.

Unser ganzer Kampf wird gegen diese unzulänglichen Löhne, bei denen das Wort Hungerlohn nichts zu stark ist (man denkt, daß die oben angeführten Löhne für die gelernten Berufe gelten, der Lohn für die Bauhützarbeiter somit noch bedeutend niedriger ist), gerichtet sein. In der gegenwärtigen Zeit der Teverung ein vollauf notwendiges und lobenswertes Beginnen.

Zob „Sitz Berlin“ mit dem alten Mittel, den „vereinigten“ christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die katholische Betriebsorganisation weiter lebt, wundert uns nicht, obwohl er nicht die allergeringste Verschlüsselung dazu hätte. Nehmen wir z. B. einmal den Vorständen der katholischen Fachabteilung der Bauarbeiter, Herrn Götz. Dieser war, obwohl Fachabteilungsmitglied, Mitglied des sozialdemokratischen Zimmerverbandes. Dieses blieb er bis zum Jahre 1905, wo er als Arbeitsschreiber von „Sitz Berlin“ eingestellt wurde; wäre er das nicht geworden, wäre er vielleicht heute noch dasselbe etatgelehrte Mitglied. Sa, er schwaltete auch im Jahre 1909 dem sozialdemokratischen Zimmerverband eine Summe von 20 Pf. vom 1901 her. Und dieses Fachabteilungs- und rotes Zimmerverbandsmitglied, heutiger „Zentralvorsteher“ der katholischen Fachabteilung der Bauarbeiter, befürwortete in der gleichen Zeit die christlichen Gewerkschaften geradezu wütend. Und auch heute noch begegnet er uns, wenn wir im Interesse der Arbeiter gestanden sind, mit den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden Polternsatz geheimnis zu führen, die wir für gerecht und billig halten. Die „Berlin“ Hertschosten hätten

alle Veranlassung, in ihrem eigenen Interesse weniger lauf zu sein. Tun sie es dennoch, werden wir uns angelegen sein lassen, ihnen den Mund gründlich zu stopfen. Das mag sich auch die von einem „Berliner“ Arbeitsschreiber in „Vertretung“ redigte „Oberschlesische Volkszeitung“ gesagt sein lassen. Es scheint, als sei das Blatt der Macht der „Berliner Sekretäre“, gegen die es sich vor nicht allzulanger Zeit noch einmal kräftig wehrte, endgültig unterlegen.

Rundschau.

Wer verteidigt das Bauen? Einen wertvollen Beitrag dafür liefert die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die schreibt: 100 000 M für die Quadratrate. Uns der wertvollsten Grundstücke Berlins, das Französische an der Ecke der „Viertel“ und des Friedrichsplatzes, ist, wie das „B. T.“ mitteilt, den zukünftigen Erwerbern des Hauses mit zwei Millionen Mark, das heißt mit 100 000 Mark pro Quadratrate angestellt worden. Dieser Preis stellt einen der höchsten dar, die in Berlin in den letzten Jahren für Grundstücke gefordert beziehungsweise erzielt wurden. Bekannt ist ja, daß eine außerordentlich bemerkenswerte Steigerung der Berliner Grundwerte im letzten Jahrzehnt zu beobachten gewesen ist, und daß neuerdings Kaufpreise für Berliner Häuser gezahlt wurden, an die man noch vor wenigen Jahren selbst in den Kreisen, die dem Immobilienmarkt nahestanden, nicht gedacht hat. Noch vor sehn Jahren

hat, um seinen Bürgern die Ausdehnung ihrer ein wenig schmal zu machen, so kann man erinnern, welchen Entwicklungsgang Berlin in diesen 150 Jahren durchgemacht hat. Damit vergleiche man das Gejämmer über die hohen Löhne der Bauarbeiter, die das Bauen verteuert. Hier wird der eigentliche Grund klargelegt: Die wilste Bodenspekulation ist es.

Gegen eine Verschärfung des Koalitionsrechtes, wie es neuerdings von den Scharfmachern, insbesondere vom Zentralverband Deutscher Industrieller durch gesetzgeberische Maßnahmen verlangt wird, wendet sich Herr Professor Dr. Franke in der von ihm herausgegebenen „Sozialen Praxis“ (Nr. 6, Jahrg. 2). Nach einer Schilderung der Entwicklung des Koalitionsrechts und der heutigen Rechtslage kommt der anerkannte Sozialpolitiker zu dem Schlus, daß gesetzliche Maßnahmen zur Bedrückung der Arbeiterbewegung die gewollte Wirkung nicht haben könnten. Dadurch würden nicht einige äußere Missbildungen weggeschafft, sondern die Verbitterung und der Hass im Innern müßte eine gefährliche Wirkung erzeugen. „Und wenn der Ruf nach Polizei und Staatsgewalt gar von denjenigen ausgeht, die selbst alle Möglichkeiten des Koalitionsrechtes auszunutzen, Verhandlungen aber und Verträge mit Arbeitern grundsätzlich ablehnen und mit Riesenaussperrungen die deutsche Volkswirtschaft und den sozialen Frieden schädigen, so ist ein solches Gebaren unverträglich.“ Die Mehrzahl der deutschen Arbeitgeber lebe mit ihren Arbeitern in Frieden. Die meisten Lohnbewegungen würden auf friedlichem Wege erledigt.

Um so schlimmer ist, daß die Muster zum Streit immer wieder das Objekt der Regierenden zu gewinnen wissen und ihre eigenen Interessen als Staatsnotwendigkeit vorläufigen. Wenn daher wirklich die in den Forderungen des Zentralverbandes deutscher Industrieller und im Vorentwurf des neuen Strafgesetzbuchs niedergelegten Vorschläge zur Einschränkung des Koalitionsrechts der gewerbl. Arbeiter und zur strengerem Ahndung der Streikvergehen gesetzgeberische Gestalt gewinnen, so muß sich gegen solche Beginnen ein Protest erheben, nicht nur aus der Arbeiterschaft, sondern auch aus dem Bürgertum, und zwar ein Protest, der sowohl Rechtecherungen abwehet, als auch Verbesserungen zum Gute hat!

Solche Reformen müssen darauf bedacht sein, die Berufsvereine der Arbeitgeber und der Arbeiter zu stützen und zu festigen, die Autorität ihrer Führer zu erhöhen und die Disziplin der Mitglieder zu sichern. Es müssen alle Strafparagraphen und Gesetzesbestimmungen fallen, die findiger Rechtsprechung Strafe liefern, um Verhandlungen und Verträge zwischen den Parteien zu unterbinden. Mit allem Bedacht müssen vielmehr Vorkehrungen geöffnet werden, die den Weg zu solchen Verhandlungen und Verträgen ebnen. Das sind die wirksamsten Mittel, um Arbeitskämpfe zu verhindern.

Mit Herrn Professor Dr. Franke stehen die christlichen Gewerkschaften auf dem gleichen Standpunkt, daß keine Einschränkung, sondern eine Sicherung des Koalitionsrechtes notwendig ist.

5000 Mark (Fünftausend) spendete der sozialdemokratische Bauarbeiterverband in Hamburg für die sozialdemokratische Parteikasse. Trotzdem „neutral“.

Der alte christliche Chirisan Odenthal hat sich darüber geärgert, daß wir anlässlich des Berichtsabschlusses des Stuttgarterverbandes mit dem Bauarbeiterverband schrieben, nun würde der schwäbische Chirisan Odenthal bald seinen Maulkorb haben. Er tut im „Stuttgarter“ sehr sittlich gerüht darüber und meint, wir hätten bald den „Dienstab“ erreicht. Das ist doch ein Hest, dieser Chirisan. Ja, ja, wir fühlen den Schmerz nach, den der „Lanz“ im vergangenen Frühjahr in Stuttgarterverbandskreisen angerichtet hat. Noch größeres „Verständnis“ findet bei uns, wir würden die Verschmelzung mit schleuen Augen ansehen, da wir nur die Versplitterung der Arbeiter wollten. Dabei haben diese Chirianer bislang nur mit der „Berufsorganisation der Stuttgarter“ gegen den „christlichen Kirschmaier“ agitiert. Nun sie selbst im Kirschmaier ectrunknen sind, Nord und Süder. Bald ist der Kap ein Kap, bald ist er ein Kater. Chirisan, schwabbel weiter, vorläufig kannst du's noch. Aber mir voraus.

Nur der Kap eines üppigen Pfaffen in irgendwo, so Unfassbares zu ersinnen und reisen zu lassen. Nur die christliche Kirche, die von jeher das Menschliche im Menschen zu erschien bestrebt gewesen ist, vermag so Nachsicht zu tun. Wo seit anderthalbtausend Jahren, seit die christliche Kirche zur Herrschaft gelangt, was ein normales Menschen nicht fassen kann, da ist der Plan dazu gereift in einem mit moralischem Elter gefüllten Pfaffenkopf.

Uns, bereites Zentralvorstandsmitglied, wenn die Gewerkschaftsbewegung mit der Religion nichts zu tun haben soll, warum bestammt sie denn der „Zimmerer“ und beschimpft in so rüchiger, gemeiner Weise die Christlichen und die Überzeugung der christlichen Arbeiter, warum fordert er sie zum Austritt aus der Kirche auf, ist das auch eine gewerkschaftliche Aufgabe?

Eckermann (aufliegend): Das ist mir in meiner fünfzehnjährigen Praxis als Zentralvorstandsmitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes noch nicht passiert. Unser Bildhauer ist Ekel, der „Zimmerer“ Rebekka ein dummes dreifaches Ha.

Eckermann: Das ist die Meinung über den Mann in Ihren Kreisen. Das behalten Sie sich Kap. Wer, um hohe ich den zweiten Schwindler fünfschein Jahre sind Sie schon Zentralvorstandsmitglied, das ist seit 1896, der christliche Bauarbeiterverband wurde aber erst in 1899 gegründet. Sie waren also in keiner christlichen Gewerkschaft, wie Sie mit vorschwundeten, Sie suchen also mit Augen Dumme zu sangen. Das könnte ich gleich merken. Damit kommen Sie bei mir gut an.

Eckermann (auspringend und auf Trenn eindringend): Der christliche Hund — du „M.-Glabacher“ — du — (Man hört eine Tür aufzugehen, draußen ein dumpfer Fall und dann eilige Rennen).

Trenn: Dem wäre heimgesuchet. Schade, er hat es mir zu leicht gemacht. (Lachend): Und ich hätte ihm so gern noch etwas von roter „Zimmererolidarität“ erzählt. Na, vielleicht ein andermal. (Der Bartang fällt.)

Und die Moral von der Geschichte:

„Schred seine schwäbische Tugend nicht.“

Bauarbeiter, Verbandsmitglieder,

gedenket der ausgesperrten Tabakarbeiter. Die Sammlungen müssen schnell und durchgreifend vorgenommen werden. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Vergessen wir nicht, daß wir im vorigen Jahr die Solidarität der deutschen Arbeiterschaft in Anspruch genommen haben. Darum Treue um Treue. Keiner darf mit einem Beitrag für die ausgesperrten Tabakarbeiter, die zu den schlechtgelohnten Arbeitern zählen, zurückbleiben.

wurden für Grundstücke in der Leipziger Straße nicht mehr als 25 000 bis 30 000 M für die Quadratrate gezahlt; während bei den im letzten Jahre bekanntgewordenen Grundstücksverkäufen die Quadratrate in unter 35 000 M kostete, und vereinzelt, so für das Grundstück Charlottenstraße, sogar 65 000 M gezahlt wurden. Außerdem kann man schon Schätzungen bis zu 70 000 M die Quadratrate für Grundstücke in der Leipziger Straße hören, und für den Teil der Friedrichstraße zwischen den Linden und Leipziger Straße werden weit höhere Preise gefordert und gezahlt; 75 000 M können hier als Durchschnittswert für die Quadratrate gelten, und zirka 80 000 M sind bei den jüngst aus dieser Gegend stammig gewordenen Häusern (Kronenstraße Ecke Friedrichstraße) gezahlt worden. Als das wertvollste Hausgrundstück der mittleren Friedrichstraße kann das im Besitz der Rundschau Ehren befindliche Eigentümhäuschen, das Cäss Bauer, gegenüber dem Kronenhaus angegeben werden; sein Wert ist im eigentlichen Sinne nicht fassbar. Von den Straßenzügen, in denen die Grundstückswerte 30 000 M pro Quadratrate erreichen oder übersteigen und damit sich der Grenze der „phantasiepreise“ erheblich nähern, seien noch genannt: die Behrenstraße, wo die Gebäude unserer Partei einen unbeschreibbaren Wert repräsentieren, der Böttcher Platz, wo es allerdings viel berücksichtete Grundstücke zurzeit nicht geben dürfte, der Potsdamer Platz, an dem gerade jetzt ein Riesenbau entsteht, der diesem Stadtteil noch kein entsprechendes Gepräge als eine Art Tempel zur Leipziger Straße aufdrücken wird, und die Potsdamer Straße, deren steigende Bedeutung als Geschäftsstraße jedem Berliner bekannt ist. Wenn man bedenkt, daß noch Friedrich der Große in diesen Gegendern Bezugnahmen vertheilte

Heimgeschick.

(Schrift)

Eckermann: Ich muss fort — ich muss fort. Hubert: Diese „Zimmerer“ werden mit unangenehm. Ja meine christlichen Gewerkschaft kann man das nicht. Du bist eben Arbeitgeber, Hubert — und du sagst so intelligent.

Trenn (leuchtend): Was Ihnen Wunde ist das ein Ehrenzeugnis für mich. Selbst ist mir, daß ihr Sozius regelmäßig, wenn man auch mit der Wahrheit kommt, ausgetauscht verlässt. (Hubert wird sehr unzufrieden.) Aber nun hätte ich wohl einige Fragen an Sie! Ich habe nämlich in dieser Woche standes, das Sie jetzt interessieren dürften. So sagten Sie vorhin, daß der „Zimmerer“ vorzeitig den Partei verlassen hat.

Eckermann: Politisch neutral! Selbstverständlich! Ich bin zentralvorstandsmäßig, ich will es wissen.

Trenn: Natürlich müssen Sie es wissen. Wie kommt es denn, daß der „Zimmerer“, die Verbündeten, fast in jeder Runde der Wahl sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneten aufjordert, ist das etwas neutral?

Eckermann (nervös auf und niedergehend): Das bedeutet der demokratische Zimmererverband nicht, was der „Zimmerer“ schreibt, das ist eine Angleichung des Zimmerers. Du willst mich bestimmt Hubert.

Trenn: Gut. Wer der jetzt dann das Zimmerorgan, eine der Arbeitgeber, nicht eine die Mitglieder, also auch die nichtsozialdemokratischen? Das sind wohl ja etwas wie Mitglieder anderer Partei, die sich für ihr eigenes Volk beschimpfen lassen wollen? Da haben Sie als Zimmerverband nicht...

Eckermann: Guter Hubert, gibt es denn sonst bei Gewerkschaften noch eine Partei, die für die Zukunft einsteht?

Trenn: Nein, einfach keinen Ein ist die allen roten Land und Republikaner gefüllte Welt. Da seien Sie wohl auch auf der Seite und der „Zimmerer“ vom 18. November, der die „freien“ Gewerkschaftsführer, also ihre „freien“ Genossen, als vollgestopfte Freie, Leidetretter, Feindgucker, Spießer bezeichnete, für den „fragwürdigen“ Zimmerer befürchtet seien, entziehe der Zimmerer-Medaille, der jetzt keinen „Hammer“ qualität wagen will, nur auf die Sozialdemokratie sei sicherer Schlag auf dem Scheinprotokoll, Seite 12, unter anbereit: „Wir wollen die Lage der Arbeiter verbessern, wenn uns aber die (sozialdemokratischen) Parteiführer in solcher Weise in den Weg treten, dann geht es kap.“ — Mein lieber Hubert, was sagen Sie dazu? Stimmt sich das nicht mit dem Zimmerer-Hubert Schaubling die christlichen Gewerkschaften seien nicht frei, sie würden in ihrem Fortwachsen durch den Gottlichen gehindert? Heigt man jolches nicht die Arbeiter ganz gewinn befürden?

Eckermann (quer): Richtig ein Glas Wasser!

Trenn: Sollen Sie haben — aus Ihrer Rücksicht auf den „Zimmerer“ ist es mir sehr unangenehm.

Eckermann: Ich kann Ihnen nur sage, daß der „Zimmerer“ ein offensichtliche Lüge, die sozialdemokratische Gewerkschaften beschreibt sich seit länger Zeit in einer unangenehmen

Zeit zum Zusammen zu setzen.

Eckermann: Ich kann Ihnen nur sage, daß der „Zimmerer“ ein offensichtliche Lüge, die sozialdemokratische Gewerkschaften beschreibt sich seit länger Zeit in einer unangenehmen

eines sogenannten Schafes wahrnehmen kann. Alles wird nervös. Sie wünschen „sozialen Frieden“ und „sozialen Lohn“? Es will mir doch scheinen. Sie haben es mit Ihrem langen Radfahrend nicht einfach genug genommen, und manchmal kann einem ein falsches Gedächtnis sehr viele Streiche spielen. Wer was ist Ihnen? — Sind Sie auch „nervös“? Eckermann (auf Sitz festsitzend): So eine Nervosität.

Eckermann (auf Sitz festsitzend): Ich kann Ihnen nur sage, daß der „Zimmerer“ ein falsches Gedächtnis.

Der Agitator und der Wissenschaftler. Wie sehr die verhängtige und wichtige Beurteilung der Leidenschaftsfrage seitens eines sozialdemokratischen Wissenschaftlers (Genosse Dr. C. Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ Nr. 23) abhängt von der blutdürstigen Art des sozialdemokratischen Agitators, der nur mit nichtsagenden Kraftausdrücken um sich wirtschaftet, zeigt eine Gegenüberstellung zur Fleischsteuerungsfrage.

In nahen Dänemark, in Holland ist Überfluss an Schlagwörtern. Es reicht sich sozusagen die Stirn und an unsern Grenzfähren und will nach Deutschland hinein, um hier geschlachtet zu werden. („Genosse“ H. Wendel: „Die Fleischwucher! Die Gottesgnadenheit!“ Frankfurt 1911.)

In einer parteigenössischen Agitationschrift des letzten Jahres wird dem Leser das verlockende Bild von einem unserer Grenzen sich drängenden Überfluss an billigem Schlagwörtern vor die Augen gezaubert, das sich sozusagen die Stirn an unsern Grenzfähren wundreibt, um hier geschlachtet zu werden. Dieses schöne Bild gleicht leider nur zu sehr einer Fata Morgana, der die räude Wirklichkeit durchaus widerspricht. Von unsrer Nachbarstaaten haben wir für unsre Fleischversorgung allzuviel nicht zu hoffen, und von Jahr zu Jahr werden wir immer mehr darauf hingewiesen, unsre Fisalabspedition zu steigern und zu verbilligen. („Genosse“ Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ 23, 146.)

Das deutsche Volk wird also in den kommenden Monaten wieder Bucherpreise auf der ganzen Linie zu verzeichnen haben — dank unserer glorreichen Schuh-, Voll- und Grenzsperrpolitik, die den Agrariern die Taschen füllt und dem Volle die wichtigsten Lebensmittel unerschwinglich im Preise steigert. („Leipziger Volkszeitung“ 138, 19. Juni 1911.)

Endlich blieben die Bewohner der Städte bei einer derartigen Agrarpolitik auch als Konsumenten und Käufer landwirtschaftlicher Produkte ganz gut ihre Rechnung finden, auf die Dauer jedenfalls besser, als wenn sie sich bei einer Zeit, da das Reich ernsthaft daran denkt, durch Bildung eines Petroleumshandelsmonopols das noch der Standard Oil Company abzuschütteln, in der viel wichtigeren Fleischversorgung vom amerikanisch-argentinischen Fleischtrust abhängig machen wollten. („Sozialistische Monatshefte“ 23, 146.)

Wie unendlich lächerlich nimmt sich demgegenüber das Geschwätz des sozialdemokratischen Agitators vom „Wundreiben der Stirn“ aus. Es steht zu erwarten, daß auch er mit seinen lächerlichen Phrasen sich „die Stirn wundreibt“ an dem gefundenen Deutbermögen unseres Volles, und daß dieses sich immer mehr abwendet von einer derartig widerlichen Heze!

Sozialdemokratische Streikbrecher. In der Gebeiselterfabrik von M. Riffarth in M.-Gladbach fanden sich die christlich organisierten Goldschmittmacher gewungen, in den Streik zu treten. Das Buchbindereipersonal dieser Firma war fast ausschließlich im graphischen Centralverband organisiert und mit drei Arbeitern gehörten dem sozialdemokratischen Buchbinderverband an. Dem Erfinden der christlichen Organisation, den Zugang zu den bestreikten Firmen zu sperren, kam das sozialdemokratische Organ in der bezeichnenden Weise nach, indem es lediglich mitteilte, daß christlich organisierte Goldschmittmacher im Streik ständen. Siede sonstige Bemerkung fehlte. In Wirklichkeit fanden sich infolge dieser Mitteilung mehr Zureitende und Goldschmittmacher in M.-Gladbach ein, als vor Veröffentlichung besagter Notiz. Durch Sonderverhandlungen der Firma mit Vertretern der sozialdemokratischen Richtung wurde die Lage der Streikenden immer kritischer und schließlich mußte der Streik als erledigt gelten, da die Plätze der Streikenden fast sämtlich von sozialdemokratischen Goldschmittmachern besetzt wurden. Das Streikobjekt mit der Firma war kaum von besonderer Bedeutung, und die Firma hat auch letzten Endes die Forderungen der christlichen Organisation durch Unterordnung bewilligt. Die Differenzen waren wegen neuer Berechtigungsarten entstanden und der Zweck des Vorgehens war die Abwehr vorgenommener Verschlechterungen. Hier haben wir nun die Tatsache zu verzeichnen, daß christlich organisierte Arbeiter zur Verbesserung von Verschlechterungen in den Kampf traten und Streikbrecher aus dem roten Lager die errungenen Vorteile einheimsen; christliche Arbeiter mit ihren Familien sind infolge der sozialdemokratischen „Heldenaten“ brotos gemacht.

Es lebt die sozialdemokratische „Solidarität“.

Neben Gesellenverein und Gewerkschaften sprach Verbandsdirektor Röder am 29. Oktober in einer Konferenz der Gesellenvereine des Bezirks Aachen. Beide Organisationen, so führte der Referent aus, seien verschieden in ihren Zwecken und Zielen; zwei ganz verschiedene Organisationen mit verschiedener Verfaßung. Zwischen beiden besteht aber heute eine offizielle Einigung. Wenn es hier und da zu Meinungsverschiedenheiten gekommen sei und noch kommen, besonders in den kleineren Städten, so liege die Schuld fast nur in Mißverständnissen und jugendlichem Eifer und Neiderei. Eine Förderung der christlichen Gewerkschaften sei heute unbedingt notwendig, schon mit Rücksicht auf die sozialdemokratische Gefahr. Wenn der Gesellenverein auch nicht positiv in die Agitation für die christlichen Gewerkschaften eintreten könne, so müsse er aber alles aufbieten, um die Mitglieder von den sogenannten „freien“ Gewerkschaften fernzuhalten; denn diese Mitglieder seien durchweg auch für den Gesellenverein verloren. Die anstehende Diskussion ergab die volle Übereinstimmung der Versammelten mit den Ansichten des Referenten. Insbesondere wurden die Vereine darauf hingewiesen, die Mitglieder gründlich und frühzeitig über Wesen, Zweck und Bedeutung der christlichen Gewerkschaften zu belehren.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gefordert sind: Berlin (Dachdecker) die Firma Althaus, Adlerstr., Essen (Fliesenleger) Sperrre über die Essener Baumaterialien, Betriebsgesellschaft Lange und Comp., sowie sämtliche Arbeiten des Zwischenmeisters Seifert, Esch, für Fliesenleger die Zwischenmeister Geschen, Lüdinghausen (Streich der Maurer und Bauhülfearbeiter), Duisburg, Fliesenleger (Sperrre über den Zwischenmeister Krüsten), Gollanisch (Sperrre über Bauhülf) wegen Maßregelung. Zugang ist fernzuhalten.

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 3. Dezember, der vierzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Duisburg. (Verwaltungsstelle.) Am Sonntag, den 5. November, fand im Lokale Haus, Telstraße 28, die 3. Generalversammlung der Verwaltungsstelle Duisburg des christlichen Bauarbeiterverbandes statt. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß auch in diesem Quartal ein weiterer Fortschritt zu verzeichnen war. Die Mitgliederzunahme betrug 23, im vorhergehenden Quartal 25. Neu aufgetretenen wurden 358. Übergetreten aus dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband sind 18. Eine recht große Fluktuation und Veränderung der Mitglieder fand im 3. Quartal statt. Die Kreise der Mitglieder nach anderen Orten war recht erheblich, während die Kreise sehr minimal war. Auch gibt es heute noch eine beträchtliche Zahl von Bauarbeitern aller Berufe, welche nur so lange der Organisation angehören, als sie sich unter Organisierten befinden. Hier fehlt es wesentlich an einem gefundenen Bauarbeiterbeweis. Der Engherzigkeit und Laufheit kann nie genug Abbruch getan werden. Immer noch ist eine große Zahl organisatorisch fähiger Bauarbeiter im Gebiet vorhanden und es erhebt noch ein gewaltiges Stück anstrengender Arbeit, diejenen den Verbände zuzuführen. Der große Wechsel der Klassifizierer und Vorstandsmitglieder trägt nicht unerheblich zur Hemmung der Weiterentwicklung bei. Das Recht der verlaufenen Beitragsmarken betrug 2183. Die Mehrreinnahme der Zentrale betrug 1195,60 M, die der Verwaltungsstelle 1219,29 M. In finanzieller Beziehung ist die Verwaltungsstelle einen guten Schritt vorwärts gekommen. Doch darf dieses nicht dazu dienen, uns der beschaulichen Ruhe hinzugeben, nochmals müssen im vierten Quartal alle Kräfte in den einzelnen Jahrfeldern aufgespannt werden und die noch organisatorisch fähigen Bauarbeiter aller Berufe unserm Verbande zugeführt werden. Der Versammlungsbesuch war ein nur teilweise guter zu nennen. Der angeborene Sparinn tritt hier so recht, aber am unrichtigen Platze, in die Erziehung. Die Bautätigkeit war in verschiedenen Orten eine sehr minimale, besonders auf der linken Rheinseite, auch beschäftigt man nicht überall deutsche Bauarbeiter, so sind z.B. an der Kolonie der Firma Dierdorf in Hohenmerich nur italienische Bauarbeiter beschäftigt worden. Die Einhaltung der bestehenden Tarifverträge wird im allgemeinen befolgt, nur in wenigen Fällen machen sich Klagen bemerkbar, und wo dieses geschieht, sind es unorganisierte Unternehmer. Im Liebauwerke schlägt man sich sozusagen um die Ablösearbeit. Man willigt Tag und Nacht, alle Regenperioden werden durchgearbeitet, um einen möglichst hohen Überbruch zu erzielen. Das Ergebnis ist gewöhnlich, daß am Gewerbegericht gelaufen wird, inzwischen hat die Firma ihren Namen geändert, der ursprüngliche Inhaber kann nicht mehr verklagt werden, der jetzige ist außerordentlich eingerichtet, somit ist nichts zu holen. Durch solche Machinationen werden die Arbeiter absichtlich um ihre sauer verdienten Pfennige betrogen. Durch die leidige Ablösearbeit entstehen ebenfalls recht oft Differenzen und unerträgliche Situationen unter den Ausführern selbst. Eine Einigung dieses Nebels muß Wunsch aller Kollegen sein, soweit nicht in den Verträgen die Ablösearbeit spezialisiert reguliert ist. Die Generalversammlung sah sich genötigt, hier einen kleinen Riegel in gewissen Fällen vorzusehen. Der Bauarbeiterkampf läuft vor allem in den Aufnahmen zu wünschen übrig und müssen die Behörden öfters auf Vorkommnisse aufmerksam gemacht werden. Recht oft wird hier der Hebel der Selbsthilfe noch angesetzt werden müssen, um halbwegs geordnete Zustände zu schaffen. Durch das Wahlstum der Verwaltungsstelle, die Mitgliederzahl ist nur 405 höher wie im 3. Quartal 1910, sah sich die Generalversammlung genötigt, den Rechtschutz, welchen der Verband gewährt, dem Volks- und Rechtschutzbureau zu überweisen, um so andere Ziele besser verfolgen zu können. Nachdem noch eine Anzahl gestellter Anträge durch Beschlüsse erledigt wurden, sandte die recht anregend verlaufene Generalversammlung ihr Ende mit dem Appell an die Delegierten, in ihren Wahlstellen dafür Sorge tragen zu wollen, daß auch im vierten Quartal nochmals jeder Kollege seine ganze Kraft in den Dienst unseres guten Sache stellen, regen Anteil an der Ausbreitung und Vergroßerung unseres Verbandes nehmen möge.

Überfeld. (Maurer u. Bauhülfarbeiter.) Am Samstag, den 4. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche ziemlich gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag, 4. Verschiedenes. Punkt 1 gab Kollege Erlinghäuser. Er bemerkte, daß 23 Mitgliederversammlungen, eine außerordentliche, eine Generalversammlung und drei Vertrauensmännerwählungen abgehalten worden sind. Auch gab er den Kassenbericht bekannt. Neuangestammten hatten mit 175 zu verzeichnen. In Punkt 2 wurden die zweite Vor-, Pf. Wallwieser als erster Kassier und Alois Seelbach als erster Schriftführer wiedergewählt. Ferner wurden die Kollegen D. Landau als zweiter Kassier, A. Witz als zweiter Schriftführer, Ant. Ley und F. Dörre als Beisitzer gewählt. Zu Neuwahlen wurden die Kollegen W. Pitten, K. Dausch, P. Hyconius und W. Wiesborn gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an. Punkt 3 mußte fallen gelassen werden, da der Referent verhindert war. In Punkt 4 entschied sich eine rege Diskussion über den Winterbeitrag. Kollege Preuß machte zum Schluß noch einige interessante Mitteilungen. Kollegen von Elberfeld, der Jahresbericht hat es gezeigt, daß die Kollegen im vergangenen Jahre nicht geschlafen, sondern tüchtig gearbeitet haben. Darum wieder frisch ans Werk mit neuem Mut, bis der letzte Mann dem Verbande christlicher Bauarbeiter angegeschlossen ist.

Bezirk Hannover. (Berichtigung.) In dem Bericht vor der Bezirkskonferenz ist folgender Irrthum vorhanden: Es heißt: Ausgaben im ersten Halbjahr 1911 55.581,50 M, es sind in Wirklichkeit nur 32.716,93 M Ausgaben. Dieser Irrthum ist dadurch entstanden, weil auch in dem gedruckten Jahresbericht die Streitunterstützungen für diese Zeit zu hoch angegeben sind. Hier ist dem Drucker ein Fehler unterlaufen, es sind im ersten Halbjahr 1911 nur 37.000 M an Streitunterstützungen ausgezahlt, da fasse alle Bewegungen in dieser Zeit auf friedlichen Wege erledigt wurden. Im Bericht über die Konferenz muß es weiter unten den Lohnbewegungen im Jahre 1909 heißen: In Hannover mußten die Stukkateurs einen schwüdigen Kriegskampf führen.

Bezirk Katowitz. Für Mittwoch, den 1. November, hatten wir in Katowitz eine Verwaltungsstellenkonferenz überzählig. Bevor die Kollegen in die Heimat fahren, wird es notwendig sein, daß unsere Kollegen alle wissen, wo wir mit unserem Verband in der Verwaltungsstelle stehen. Von den Wahlstellen waren alle bis auf drei durch Delegierte vertreten. Kollege Ehrhardt erstattete einen längeren Bericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederzahl am Ende des dritten Quartals 2013 beträgt. Die Eingabe in derselben Zeit stell-

sich auf 12.774,50 M. Von drei Wahlstellen, und zwar von El-Kasselwitz, Koszogau und Dt. Pröbisch ist die Abrechnung noch nicht eingegangen. Das Vermögen der Verwaltungsstelle beträgt insgesamt 6213,37 M. Kollege Ehrhardt teilte mit, daß der Bezirk gegenwärtig eine Mitgliederzahl von 2374 habe und eine Gesamteinnahme im dritten Quartal von 14.262,10 M. Kollege Golla gab dann die Abrechnung mit genauer Angabe der Marken bekannt. Er wies darauf hin, daß innerhalb der Verwaltungsstelle noch immer außerordentlich viele Arbeitslosenmarken gelöst werden, hier müsse Ordnung geschaffen werden. Es handelt sich um eine Anzahl Dreiebinger, denen die übrigen Kollegen auf die Finger sehen sollten. Kollege Ehrhardt schilderte die Erfolge, die seit 1905 im oberschlesischen Baugewerbe eingetreten sind. Der Stundenlohn, der im Frühjahr 1905 noch auf 32, im Herbst auf 34 Pf. stand, ist nunmehr auf 47 Pf. dieses Jahr und nächstes Jahr 49 Pf. herausgebracht. Leute könne kein Kollege daran zweifeln, daß dieses nur durch die Organisation erreicht worden sei. Einen unanständigen und demagogischen Kampf suchten Baude und „Genossen“ gegen uns im Laufe der letzten Monate zu führen. Mit Lügen und Verhängnissen wird von den „Genossen“ gearbeitet, um das Vertrauen der Mitglieder gegen die Organisation zu untergraben. Kollege Ehrhardt zeigte an Beispielen, wie die Sozialdemokratie arbeitet. Die „Vollspacht“ habe im Juni berichtet, daß die christlichen Gewerkschaften in Oberschlesien nur eine Einnahme von etwas über 500 M im Jahre 1910 mit fünf Beamten gehabt hätten. So unverantwortlich könnte doch nur ein Sozialdemokrat liegen. Kollege Ehrhardt zeigte auch, wie oft Baude und „Genossen“ im Laufe der Jahre unsere Kollegen angelogen haben. Auf alle Lügen zu antworten, die von den „Genossen“ verbreitet werden, ist unmöglich, deshalb müssen alle Vertrauensleute mit der Leitung dahin arbeiten, daß von unseren Kollegen keiner mehr den „Genossen“ glaubt. Nur ein einfältiger Mensch läßt sich bilden. Kollege Ehrhardt erfuhr die Mitglieder durch eifriges Studium sich Material anzueignen und dann zum Angriff gegen die „Genossen“ überzugehen. „Die Entwicklung im oberschlesischen Baugewerbe“, so führte Kollege Ehrhardt aus, hat aber auch gezeigt, was von den katholischen Fachabteilungen zu halten ist. Wo gibt es im Südbayern jetzt noch Facharbeiter? Es sind nur ein paar Jahre zurück her, als uns Arbeitersekretäre vom „Sitz Berlin“ versuchten, Überlebien habe „Sitz Berlin“ vollständig annektiert. Heute können die Fachabteilungen im oberschlesischen Baugewerbe ihre Mitglieder mit der Tatwaffe schaden. In den Berichten des Vorstandes schloß sich eine längere Debatte. Von allen Rednern wurde der erste Willk. belaudet, weiter an der Ausbreitung des Verbandes zu arbeiten. Beschlüssen wurde, im nächsten Winter in einigen Kreisen dreitägige Lehrkurse abzuhalten. Der Vorstand wurde beantragt, die Vorträge und den Termin festzulegen. Im übrigen herrschte auch darüber Einstimmigkeit, daß im Winter eine rege Agitation betrieben werden soll, um im Frühjahr gerüstet zu sein. Von den Kollegen Hotz, Hammel, Florian, Thomala und Stroh wurden verschiedene Bänke bezüglich der Agitation geäußert. Nachdem der Vorstand gewählt worden war, hielt Kollege Ehrhardt das Eingangswort. Er fasste die Beratungen kurz zusammen und gab der Ansicht Ausdruck, wenn die Kollegen das hier Gehörte auch praktisch in der Agitation verwerten wollten, dann wären weitere Erfolge zu erwarten. kleinere Hauptaufgabe müsse zum Herbst sein, die vorhandenen Mitglieder dem Verband zu erhalten. Dann gelte es über die Begeisterung wachzuhalten. Eine Bewegung, die einen gewissen Schwung vermittele, müsse zur Bedeutungslosigkeit herabsetzen. Das zeigen uns am besten die katholisch-Dönderischen Gewerkschaften, die gleich einem alt gewordenen Kreis dahinstehen, gewerkschaftlich aber jede größere Bedeutung verloren haben. Ohne Opfermut, ohne ideale Schwung kommt wir nicht vorwärts. Seien wir der hohen Arbeit bewusst, die wir an leisten haben, für unsere Kollegen und für die Gemeinschaft. Wenn wir eindringlich blicken, dann ermutigen uns die Erfolge zur eifrigeren Weiterarbeit in der Zukunft.

Düsseldorf. Trotzdem unser Ort reichlich drei Stunden von der nächsten Eisenbahnstation entfernt liegt, war es möglich gemacht worden, daß am 12. d. Mts., mittags 1 Uhr, eine Bauarbeiterversammlung stattfinden konnte. Die Kollegen Radolla und Funke aus Düsseldorf waren mit dem Bezirksleiter Kollegen Müller aus Bozen dazu erschienen. Derselbe hielt uns einen sehr lehrreichen Vortrag über die Arbeiterbewegung in Deutschland. Zum Schluß seiner Ausführungen forderte er alle auf, dem Centralverband christlicher Bauarbeiter beizutreten. Die geringen Opfer, die der Verband fordert, müsse jeder überzeugt Kollege gerne bringen. Der Beifall bewies, daß alle Kollegen mit den Ausführungen einverstanden waren. Als Erfolg dieser Versammlung dient die Tatwaffe, daß eine Wahlstelle gegründet werden konnte, welche alle Anwesenden beitreten. Als Vorsteher wurde gewählt Kollege Johann Radach, Kollege Joseph Baech als Kassier, Kollege Franz Viealek als Schriftführer, als Revisorin die Kollegen Johann Petrus und Stephan Weinert. Die Wahlstelle ist der Verwaltungsstelle Bielefeld angeschlossen. Mögen die Kollegen von Niederrhein nur treu zum Verband halten und dazu beitragen, daß alle Fortschreitenden noch gewonnen werden. Im Geschäftsjahr wurde beschlossen, den Radfahrerverband Concordia beizutreten. Die erste interessante Versammlung wurde von dem Leiter der Versammlung, Kollegen Radolla, mit der Hoffnung geschlossen, daß sich unser Verband noch recht viele anschließen mögen.

Wronie. Am 20. Oktober fand unsere Mitgliederversammlung statt, zu der Kollege Hinrich-Pösen als Referent erschien war. Derselbe erstaunte zuerst Bericht von der Münchner Generalversammlung und erörterte sodann gegenwärtigen Aufgaben. Aus dem vorjährigen Kampf sollten wir lernen, damit wir im Jahre 1913 nicht schwülös dastehen. Wer mit dem Beitragszahlen allein ist es nicht getan, wir sollen ebenso eifrig die Versammlungen besuchen und in der Agitation tätig sein.

Aus unseren christlichen Verbänden.

Ausschaffung des Gesamtverbandes. Der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält seine diesjährige Ausschaffung am 4. und 5. Oktober in Düsseldorf ab. Wie bei früheren Tagungen waren auch diesmal die Redakteure der christlichen Gewerkschaftspresse eingeladen. Im Geschäftsbereich ist des Verbandes wurde darauf hingewiesen, daß die günstige Entwicklung der christlichen Gewerkschaften seit der Frühjahrsitzung weiter anhalten hat. Daran habe auch der verständige Ausschuß der Gegner nichts ändern können. Die Erwartungen der Sozialdemokratie, mit ihrer Hege bezüglich der Reichsversicherungsordnung den christlichen Gewerkschaften Abbruch zu tun, hätten sich nicht erfüllt. Die Erkenntnis über das arbeitschädigende Verhalten der Sozialdemokratie bei diesem Gesetz wie bei der Arbeiterversicherung überhaupt sei in weitere Arbeiterkreise vorgebracht. Mit der R.-B.-D. könne die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen kaum besondere Geschäfte machen. Aufwischen den christlichen und katholisch-Dönderischen Gewerkschaften sei auf Anregung von dritter Seite eine Annäherung bestanden. Das erste Ziel einer gegenwärtigen Zuständigung werde jedoch erreicht durch ein solch zwiespältiges Verhalten, wie es der katholisch-Dönderische Gewerksverein. Regelmäßig mit seinen wenigen Mitgliedern gegenüber dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter seit längerer Zeit an den Tag lege. Hier müsse von der katholisch-Dönderischen Centralleitung nach dem Rechten geschehen werden. — Jüngere Ver-

sprechungen fanden im Geschäftsbericht und in der Diskussion die Kampe für die niederrheinische und westfälische Fabrikindustrie. Wie bei der ersten, so wird auch bei der noch schwelenden Bewegung in Westfalen den kämpfenden Fabrikarbeitern die nachdrücklichste Unterstützung der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung zuteil werden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde die Situation angesichts der bevorstehenden politischen Wahlen näher erörtert. Entsprechend dem partei-politisch neutralen Charakter unserer Bewegung müssten alle funktionäre unserer Bewegung streng darauf achten, jede Partei-politik aus den christlichen Gewerkschaften fernzuhalten. Außerhalb unserer Berufsorganisationen könne sich jedes Mitglied nach Leistung politisch betätigen; ein tüchtiger Gewerkschafter werde sich aber auch hier stets fragen: Wie kann ich unserer Gewerkschaftsbewegung nützen? und danach sein Verhalten einrichten. Es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß durch die politischen Kämpfe unserer Bewegung neue Schwierigkeiten erwachsen und sie in ihrer Entwicklung gehemmt werde. Diesbezügliche nähere Direktiven sollen noch gegeben werden.

Ein Referat von Verbandsdirektor Schlaak-Mülheim am Rhein über Gewerkschaften und Konsumvereine gab Anlass zu einer grundsätzlichen Erörterung über die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den Konsumvereinen. Beide Zweige der wirtschaftlichen Selbsthilfe seien vollständig unabhängig voneinander, sollten sich aber nach Möglichkeit unterstützen. Natürlich nur insofern, als vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften wirklich neutrale Konsumvereine in Betracht kommen, die zum größten Teil im Verbund westdeutscher Konsumvereine zusammengeschlossen sind.

Eingehend bespaßte sich die Ausschusssitzung mit der gegenwärtigen Debatte über die Konsumvereine. Dass Gegenmaßnahmen getroffen werden müssten, sei klar. Es wurden eine Anzahl Vorschläge besprochen, die dem Steich, den Einzelstaaten und ihren Eisenbahndienstleistungen, sowie den Gemeinden obliegen, und wodurch den ärmeren Bevölkerungsschichten die Beschaffung von Nahrungsmittelverbrauchsartikeln erleichtert werden kann.

Die demagogische Auschaltung der Teuerung durch die Sozialdemokratie, die ihre Parteijuppe an der Not des Volkes wolle, wurde aufs schärfste abgelehnt und einstimmig verurteilt. Das übertriebene "Hunger-Geschehen" in der sozialdemokratischen Aktion habe die Vorstandesmitglieder und Gewerkschaftshändler zu weiteren, gänzlich ungetestigten Preissteigerungen geradestellt. Das sei das praktische Ergebnis der sozialdemokratischen Hefe, von positiven Leistungen keine Spur. — Der Vorstand des Gesamtverbandes wurde von der Ausschusssitzung beauftragt, die Angelegenheit der Teuerung weiter zu verfolgen und — wenn zweckdienlich, im Verein mit anderen Korporationen — alle weiteren Schritte zu unternehmen, die eine Verjetung herbeizuführen geeignet wären. Ein Vortrag des Koll. Abg. Seeger über das Verfahren in der Reichsversicherungsordnung mit anschließender Diskussion beschloß die arbeitsreiche, einmütig verlaufene Tagung.

Gerichtliches.

Lüdinghausen b. Dortmund. Am 2. August 1911 war unser Kollege B. König wegen Begehrns gegen § 153 GG. vom Königlichen Strafgericht Lüdinghausen zu einem Tag Gefängnis verurteilt worden. Der Sachverhalt war folgender: Am 21. Mai d. J. traten die Maurer und Bauhäftarbeiter von Lüdinghausen und Spenrade in einen Streit. Die dort befindende Farceur weigerte sich, mit unserer Organisation einen Beitrag abzuziehen, lehnte es überhaupt ab, mit den Vertretern unserer Organisation zu verhandeln. Bediente sei noch, daß in der Kreisstadt Lüdinghausen der Sohn pro Stunde 10 Pf. niedriger stand als in den Nachbarorten Selm und Rödinghausen (Vandorf). Der Angestellte König, der in Selm in Arbeit stand und einige Tage nachgefragt hatte, ging eines Tages mit noch einem Kollegen spazieren. Als sie an der Bauschule des Herrn Obermeisters Scholz vorbeikamen, waren beiden Staader und noch einige Arbeitswillige dort beschäftigt. König sagte zu seinem Kollegen: "Ich bin noch nie in solchen Streitwettern gewesen." Begehrns Auspruch führte sich die Arbeitswilligen beleidigt. Es wurde von Seiten der Farceur Entschuldigung gebeten. Der Zeuge Siemens, der schon wegen Betteln und Diebstahl bestraft ist, sagte aus: Ich habe dieses gehört und habe die Arbeit dann aus Angst niedergelegt. In Ersichtnahme hat der Zeuge einen halben Tag blau gemacht und hat mir anderen Männern auf verschiedenen Baustellen wieder gearbeitet. Gegen das oben erwähnte Urteil wurde Betreibung eingelegt. Die Berufungsinstanz hat das Strafgerichtsurteil aufgehoben aus den Kollegen König freigesprochen.

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 ist eingetroffen. Auf diesmal ist wieder auf der Rückseite und vor der wissenschaftlichen Seite eine kurze Chronologie eingedruckt worden. Demgemäß wechseln einzelne praktische Themen um solche grundsätzlichere. So ist während die fürstige Überredung über die Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung und die Preissteigerungsfrage des Sozialstaates umzugehen. Der Charakter der heutigen Situation entsprechend werden zunächst in je einem Artikel über die Hausagitation und den Lehrerstreik der Unterrichtsärzte Erzählgänge gegeben, für die Systematisierung und die geistige Vertiefung des Arbeitsmarktes, der ja sowohl in der regelmäßigen Entwicklung einer "Familie" nur nicht erfüllt. Die Schilderung der christlichen Gewerkschaften zur Jugendarbeit wird in einem kurzen Artikel wiedergegeben. Der Artikel gibt in der Schilderung, daß die Zeit der grundlegenden Orientierung vorbei und jetzt der praktischen Erfahrungen gekommen ist. So soll nun in den praktischen Bereichen, aber auch in den Gewerkschaftsorganisationen die Arbeitsergebnisse sofort und einzugangsweise in den einzelnen und zu bestimmen haben, legt der weitere Artikel dar. Dieser liefert nun eine lange These der Arbeiterbewegung als Sozialistin an. Insofern Angerebner werden nicht zuletzt die dann folgenden ausführlichen Schilderungen über Deutschland's Zieldring in der Weltwirtschaft und Rohstoffpreis, Rohstoffpreis und Arbeitslosigkeit in der neuen Reichsversicherungsordnung interessieren. Das "Jahrbuch" enthält damit wiederum keine Theorie als wissenschaftliches Nachschlagewerk. Dagegen aber auch die einschlägigsten Artikel aus dem Gebiete der Statistik, insbesondere der sozialen, die den Artikel in gewisser Weise ergänzen, ist sicher Bezeichnung bei Ratifiziert nicht so auch nicht an dem laufenden Heftzeit, ebenso wie die wissenschaftlichen Abhandlungen und dem der befreit: 1. S. in Lüdinghausen, durch den Fachhandel des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften, Soia, Centraalpostzegel 147, oder durch die Buchhändler von 19 Pf., in beiden Fällen ausköpflich Posto.

Von den Arbeitsstellen.

Bonn (Süd). Am 6. November verungslachte unser Kollege Gottfr. Wolf beim Aufhängen und Befestigen eines Kettenzuges (es sollen nämlich Träger gezogen werden) an einem sogenannten Dreibock. Der Dreibock kam ins Schwanken, trotzdem an jeder Stange ein Arbeiter festhielt. Auf den Anruf des Kollegen Wolf, sie sollten festhalten, da sonst alles umfallen, verließen zwei Arbeiter den Dreibock und ließen davon, der dritte konnte ihn allein unmöglich halten, der Dreibock mußte umfallen. Wolf konnte noch ungefähr 1,50 Meter absteigen, dann sprang er aus einer Höhe von acht Meter ab, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Der linke Fuß ist gebrochen, der rechte schwer verstaucht. Er wurde sofort in das Krankenhaus Herz Jesu gebracht. Das Unglück ist sehr drückend für Kollegen Wolf, da er der einzige Ernährer von vier Kindern ist und seine Frau ihrer Riederalp entgegensteht.

Forchheim. Am Montag, den 20. November, vormittags 1/2 Uhr, starzte das neuerrichtete Saugewerke der Bauunternehmer Grimm & Krauß unter donnerähnlichem Krachen in sich zusammen und begrub den Polier, einen jugendlichen Maurer, einen Bauhäftarbeiter und einen Zimmerer, welcher mit Abschalen des Deckengewölbes beschäftigt waren, unter sich. Es dauerte bereits eine Stunde, bis die Verletzten aus ihrer schlimmen Lage befreit werden konnten; die Feuerwehr und die Sanitätsmannschaft waren sofort bei derrettungsarbeit tätig, der lgl. Bezirksarzt Dr. Bitton leistete die erste Hilfe. Leider erlitt er dabei einen Schlaganfall, dem er nach zwei Stunden erlag. Die vier Verletzten sind im städtischen Krankenhaus untergebracht worden. Bei der Schuld trägt, wird die gerichtliche Untersuchung ergeben. Das Fundament, das Mächtigungsverhältnis sowie Überlasten des Baues sollen die Ursache sein; zehn Minuten später hätte es noch mehr Arbeiter getroffen. Es ist dies der erste Neubau, der in Forchheim einfürzte.

Verschiedenes.

Caliban schreibt im "Tag" über die sozialdemokratische Feuerwehrkasse in Wien folgende Verse:

Die Wiener Feuerwehrdemonstration.

Schaff rum, hungrig Publikum,
Schafft Brot in deinen Wagen!
Hilf dir selbst! Zertlum' re drum
Türen, Bäume, Tramwah-Wagen!

Brot! O liebliche Musik!
Brot fehlt uns'ren bleichen Mündern.
Lasst uns deshalb die Tasch
Und den Silberladen plündern!

Und die Zeitung, sappelot,
Ißt von Feuerung schwer zu trennen.
Will' ger werden Fleisch und Brot,
Bem ring zum die Schulen brennen.

Rur mit wohlgefülltem Bauch
Kom gelund der Arme bleiben.
Darm schmeißen wir ja auch
Steine in die Fensterscheiben.

Vollgesundheit will der Bund,
Den wir schlossen. Herrlich glänzt er.
Und es ist nichts so gesund
Wie der Schlaf bei off nem Fenster.

Die Rebste nicht direkt.
Wenn dir in den Eingewinden
Es'ne blaue Bohne steht,
Bist du nie mehr Hunger leiden.

Gassen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

1. Betreffend Broschüren.

Der Vortrag des Herren Dr. Sonnenchein auf der Münchener Generalversammlung über "Die Notwendigkeit der geistigen Bildung" ist nunmehr im Druck erschienen. Ein Exemplar dieser Broschüre kostet für Mitglieder christlicher Verbände 5 Pf.

Auch der Vortrag des Herrn Referendar Höhr über "Die rechtliche Stellung der Tarifverträge" liegt nunmehr im Druck vor und kostet ein Exemplar dieser Broschüre (5 Seiten part) 10 Pf. Wir ersuchen die Verwaltungsstellenvertreter, den Vertrieb dieser Broschüren unverzüglich in die Hand zu nehmen. Bestellungen sind an den Zentralverstand in Berlin, Rüdersdorfer Straße 60, zu richten. Der Betrag erfolgt per Nachnahme. Die Mitglieder werden gebeten, in ihrem eigenen Interesse (zu ihrer Weiterbildung) die Broschüren nicht nur zu kaufen, sondern auch zu lesen und zu studieren. Der Preis ist so niedrig, daß jedes Mitglied von diesem Bildungsmittel Gebrauch machen sona.

2. Betreffend neue Mitgliedsbücher.

Zur nächsten Jahre erhoffen alle Verbandsmitglieder, mit Ihnen an derjenigen, die im Jahre 1911 beigetreten sind, und derjenigen, die noch keine Erinnerungsmappe für neue Hälftefüllung bei der Aussichtung im Jahre 1910 erworben haben, neue Mitgliedsbücher. Die Aussichtung beider erfolgt im Zentralbüro des Verbandes. Am 2. Dezember ist für dieses Jahr der letzte Börsenbeitrag für die Zentralhälfte fällig. Die Verwaltungsstellenvertreter werden schon jetzt ersucht, an diesem Datum mit der Einsammlung der Mitgliedsausweise (Mitgliedsbücher, Karten und bei übergetretenen Mitgliedern auch die Ausweiskarten) zu beginnen und diese dem Zentralvorstand zu zuzenden. Es sind jedoch nur die Mitgliedsausweise einzuladen, welche die Erinnerungsmappe von 1910 und die Schlussmarke 1911 enthalten. Es müssen also die lokalen, wie zentralen Hälfte aus dem dato erfüllt sein.

Damit die erzeugten Hälfte nach Abgabe der bisherigen Mitgliedsausweise als Gütekennzeichen legitimieren können, sind ihnen seitens der Verwaltungsstellen-

vorstände provisorische Mitgliedskarten auszustellen. Letztere werden den Vorständen rechtzeitig zugesandt.

Die neuen Mitgliedsbücher werden den Mitgliedern unentgeltlich verabfolgt; dazu passende Futterale sind mit 15 Pf. pro Stück zu bezahlen. Zum Beifall der Münchener Generalversammlung ist jedes Mitglied verpflichtet, ein derartiges Futteral zu entnehmen. Den Verwaltungsstellen wird pro Buch ein Futteral zugesandt, und haben diese für Einsendung des entsprechenden Beitrages aufzukommen.

3. Betreffend Schlussmarke.

Waslang erholt jedes Mitglied, welches seine Verpflichtungen im Laufe eines Jahres erfüllt hatte, in sein Mitgliedsbuch einen Stempel "Verpflichtungen erfüllt". Die 8. Generalversammlung in München hat nun beschlossen, daß dieser Stempel durch eine Marke ersetzt werden soll. Diese Marke soll bereits für dies Jahr verwandt werden. An alle Mitglieder, die ihren Verpflichtungen dem Verband gegenüber nachgekommen sind, wird diese Marke unentgeltlich verabfolgt. Die Mitglieder seien daher schon jetzt darauf hingewiesen, da alle, die nicht im Besitz der Schlussmarke sind, Unterstützungsanträge zurückgewiesen werden müssen. Die Kollegen wollen daher ihre Beiträge pünktlich entrichten.

4. Betreffend Quittungsmarken.

Die Kassierer der Verwaltung- und Zahlstellen wollen wir darauf hinweisen, daß für das nächste Jahr wieder eine andere Markefarbe eingeführt wird und die Bestände der diesjährigen Marken mit der Abrechnung des vierten Quartals eingefandt werden müssen. Wir ersuchen daher, die Markebestellungen schon jetzt danach einzurichten, damit nicht zu große Bestände zurückgesandt zu werden brauchen.

5. Betreffend Krankenunterstützung.

Auf Grund des von der Münchener Generalversammlung beschlossenen Statuts, das am 1. Januar 1912 in Kraft tritt, wird die Krankenunterstützung in Zukunft das ganze Jahr hindurch auf die Dauer von 12 Wochen gezahlt. Die achtjährige Kureitzeit bleibt bestehen.

Es erhalten dennoch alle Mitglieder, welche mindestens 80 Wochenbeiträge geleistet haben, zwei Jahre dem Verband angehören und ihren sonstigen Pflichten nachgekommen sind, im Falle einer Krankheit auch in den Monaten Januar und Februar Krankenunterstützung. Für den Monat Dezember 1911 wird Krankenunterstützung nicht gewährt, da das neue Statut erst am 1. Januar 1912 in Kraft tritt. Die erkrankten, bezugsberechtigten Mitglieder haben, ganz gleich ob die Krankheit 1911 oder später beginnt, vom 1. Januar 1912 ab eine achtjährige Kureitzeit zurückzulegen.

Die Verwaltungsstellen werden ersucht, in der Abrechnung für das vierte Quartal 1911 alle für 1911 gezahlten Krankenunterstützungen zu verrechnen und die betreffenden Quittungsscheine mit dieser Abrechnung einzufinden, auch für die Mitglieder, die über den 30. November 1911 hinaus erkrankt bleiben. Für 1912 gibt es neue Formulare.

Der Centralvorstand.

S. A. Josef Wiedberg.

Bekanntmachungen.

Bewaltungsstelle Marburg.

Die Kollegen der Verwaltungsstelle werden ersucht, ihre Bücher bis zum letzten November in Ordnung zu bringen und an den Kassierer einzufinden zu wollen, damit sie rechtzeitig an die Zentrale eingesandt werden können.

Der Kassierer. Kassel.

Achtung! Sekretariat Krefeld.

Das Bureau befindet sich vom 27. November ab Weststraße 35 (vis à vis Rathaus). In diesem Hause sind die sämtlichen Büros der christlichen Gewerkschaften untergebracht. Die Telephonenumber 1291 bleibt dieselbe. Man achtet auf diese Adresse.

Dr. Schmid.

Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Tägliche Verbandskollegen, Männer, Hilfsarbeiter und Zimmerer, finden lohnende Beschäftigung.

Veranstaltungskalender.

Zentralehausen. Sonntag, den 3. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr, im Gaußhaus zur Rose: Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher und Legitimationskarten sind mitzubringen.

Achtung! Verwaltungsstelle Kreuzburg O.-Schl.

In folgenden Orten finden Versammlungen statt:
Rosenberg, Freitag, d. 8. Dez., mittags 11 1/2 Uhr im Verbandslokale, Kotzenhovitz, " 8. nachm. 3
Luhnau, " 8. abends 6
Bodenland, " 8. nachm. 3
Vorlowitz, " 8. abends 6
Sabiniex, Sonntag, 10. 6
Wiersbach, 10. nachm. 3
Könstadt, 10. born. 11
Röpchine, 10. nachm. 2 1/2
Schm. 10. abends 6
Alt-Budlowitz, 17. nachm. 3
Starlsgrund, 17. abends 6

Wir bitten die Kollegen um gute Bekanntmachung! Pflicht ist Schenkung! Mit dem Mitglied ist es, pünktlich zu erscheinen und unorganisierte mitzubringen.

Der Verwaltungsstellen-Vorstand.

Sterbefasel.

Am Samstag, den 4. November, starb unser Mitglied, Bauhäftarbeiter Franz Arch im Alter von 31 Jahren an Blutdrucksteigung.

Bauhöffliche Pechum.

Am 22. November starb unser Kollege Engel Böndi im 21. Lebensjahr an Lungenentzündung.

Bauhöffliche Knipserdreh.

Am 23. November starb unser treuer Kollege und Hilfsarbeiter Heinrich Steffani an Lungenentzündung.

Bauhöffliche Biersen.

Ihrem Andenken!